Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 68 (1988)

Heft: 2

Artikel: Ein neuer Aufschwung Europas? : Konzepte, Erfahrungen, Hypotheken der Einigungspolitik

Autor: Luchsinger, Fred

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-164561

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Fred Luchsinger

Ein neuer Aufschwung Europas?

Konzepte, Erfahrungen, Hypotheken der Einigungspolitik

Im Februar 1986 hat sich die Europäische Gemeinschaft der Zwölf mit einer solennen «Einheitlichen Europäischen Akte» zwar nicht durchwegs neue Ziele, aber alte mit neuer Dringlichkeit gesetzt. Bis Ende 1992, also in den nächsten fünf Jahren, soll ein einheitlicher Binnenmarkt der Gemeinschaft geschaffen werden; im gleichen Zuge wären die seit langem angestrebte Währungs- und Wirtschaftsunion, eine Technologiegemeinschaft, ein gemeinsames Umweltrecht und die Harmonisierung der indirekten Steuern zu verwirklichen.

Das ambitiöse Programm zeitigt eine lebhafter werdende Diskussion nicht nur in den EG-Ländern, sondern auch bei den davon erheblich mitbetroffenen Aussenseitern, besonders in Schweden, Österreich und der Schweiz. Den europäischen Alltag der Brüsseler Institution hingegen hat es bisher nicht sichtbar verändert. Nach wie vor plagt sie sich von einer Krise zur andern in den Räten der Minister und der Regierungschefs, und nur wenig ist dort von einem neuen Elan zu spüren, seit Jahren anstehende virulente und lähmende Probleme zu lösen oder entschieden neu anzupakken.

Es war 1986 nicht das erste Mal, dass die Fanfaren zu neuem Aufbruch und zur Proklamation der oder einer grossen Stunde des europäischen Zusammenschlusses geblasen wurden. 1950 hatte man geglaubt, mit dem zur offiziellen Politik gewordenen Monnet-Schuman-Plan einer Montanunion der sechs «Kernstaaten» den Durchbruch der europäischen Idee aus dem Reich der noblen paneuropäischen Visionen in den Raum der politischen Realität zu erleben. 1954 meinte man mit dem ausgehandelten Entwurf einer militärischen Integration nationaler Armeen eine bahnbrechende Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Greifnähe zu haben. 1957 riefen die Unterschriften der Sechs unter die Römer Verträge die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ins Leben, welche die Grundlage der politischen Einheit auf Integrationsbasis bilden sollte. 1961 wurde, auf nun bereits nachhaltig veränderter Basis, mit dem deutsch-französischen Vertrag gemäss dem nationaleren Konzept der gaullistischen Ära ein Ansatz zu einer *«Europe des Nations»* oder *«Europe des Etats»* verkündet. In den siebziger Jahren war verbindlich eine «politische Union» für 1980

vorgesehen, d.h. eine europäische Harmonisierung der nationalen Aussenpolitiken.

Ernüchterung ist den meisten dieser Proklamationen auf dem Fusse oder eine Weile hinterher gefolgt. Die Erfahrungen haben das Publikum gegen europäische Utopien und ihre vorschnellen Fahrpläne ziemlich abgehärtet und mischen Skepsis in die Erwartung einer nahen Erfüllung der Träume von europäischer Einheit.

Langsam, aber stetig

Insgesamt hat sich der europäische Prozess, dessen Vollendung die Gründergeneration von 1950 noch selber zu erleben hoffte, als ein Vorgang von eher geologischem Zeit- und Schrittmass erwiesen. Im Unterschied zur begleitenden Rhetorik hat er keine Entwicklungssprünge erkennen lassen.

Ausser seiner Langsamkeit kennzeichnet ihn jedoch auch seine Stetigkeit. Europapolitik hat langen Atem und eine Ausdauer und unentwegte Beharrlichkeit bewiesen, wie sie eine Denkschablone eher den Russen oder den Asiaten als ungeduldiger westlicher Nervosität zuzuschreiben pflegt. Nach 37 Jahren nicht nur voller Krisen, Fehlschläge und Stagnationsphasen, sondern ebenso voller überwundener Krisen und neuer Anläufe hat sich ihre Dynamik, oder bescheidener gesagt, ihr Wille zum Weitermachen nicht erschöpft und ist das Bewusstsein ihrer Notwendigkeit ungemindert, auch wenn es nicht mehr von enthusiastischen Vorstellungen radikaler Abkürzungen der Wege zur Einheit geprägt ist. Unter manchen Misserfolgen erscheint mindestens die Ausweitung der EWG von sechs auf zwölf Mitglieder — bei anhaltender Nachfrage — als ein überzeugender Erfolg und als Indiz magnetischer Anziehungskraft dieser Politik des Zusammenschlusses.

Eben dieses äussere Wachstum wird allerdings den inneren Einigungsprozess auch fortan kaum beschleunigen. Unter zwölf souveränen Mitgliedstaaten, die sich nicht so problemlos und nicht so rasch dem Mehrheitsprinzip beugen werden und deren Interessen über weitere Strecken nach wie vor beträchtlich auseinanderlaufen, ist die gemeinsame Willensbildung noch erheblich komplexer geworden, als sie es schon unter den Sechs war. Und ob der Erfolg der Wirtschaftsgemeinschaft eine politische «Identität» und Handlungsfähigkeit Europas bald nach sich ziehen werde, oder ob es «bloss» der Erfolg eines übernationalen Grossmarktes und seiner wirtschaftlichen Massenanziehung sei, das ist noch immer eine offene Frage. Keine Frage aber ist, dass Motiv und Ziel des Prozesses von Anfang an die politische Einigung Europas war, und dass der Erfolg letztlich an diesem Ziel zu messen sein wird.

In dieser Situation eines neuen Anlaufes mag es sinnvoll sein, aus einer gewissen Perspektive den Werdegang der politischen Organisation Europas, die Kräfte und Probleme ins Auge zu fassen, die darin wirksam waren und es vermutlich bleiben. Auf die lange Geschichte der Idee von europäischer Zusammengehörigkeit als einer fortwirkenden Erbschaft des — primär allerdings mediterranen — Römischen Reiches ist hier nicht einzugehen. Der Ruf nach «Einheit» erhielt politische Substanz und Dringlichkeit erst, als die Zerrissenheit im Zeichen rivalisierender Nationalismen in die Katastrophe des Ersten Weltkrieges geführt hatte und allmählich von einer Elite, aber bei weitem nicht vom breiten Publikum, als eine gemeinsame Bedrohung erkannt und empfunden wurde. Und konkrete Politik wurde aus den politischen Absichten und Tastversuchen der kurzen Briand-Stresemann-Jahre erst nach der Wiederholung und nochmaligen Steigerung der Katastrophe. Sie hatte bis 1945 mit den Städten und Fabriken der Alten Welt auch ihr schon seit längerem nicht mehr funktionierendes «System» des Zusammenlebens, ihre Geltung als globales politisches und kulturelles Zentrum, ja über weite Strecken auch ihre Fähigkeit zur Selbstbestimmung zerstört.

Alternativen zur Geschichte

Wo man in den Trümmern der Zivilisation und Geschichte überhaupt noch an eine Zukunft Europas denken mochte, dachte man an Alternativen zu dem, was in den Abgrund geführt hatte. Das «Staatensystem», das ohne wirksame gemeinsame Institution das aggressive Deutsche Reich in seiner Mitte nicht hatte zügeln können, erschien manchen Nachdenklichen am europäischen «Nullpunkt» mitsamt den Nationalstaaten selber als überholt und erledigt. Die Zukunft gehörte der grossräumigen politischen Organisation, wie man an den eigentlichen Siegermächten ablesen mochte — so wollte es der Zeitgeist der Nachkriegsjahre, lange bevor sich dann das kleinräumig Partikulare wieder nachdrücklich zur Geltung bringen sollte. Gegenüber der Dominanz der beiden Grossmächte in einer zweipolig gewordenen globalen Konstellation konnte sich nicht mehr das alte vielstimmige europäische Konzert, sondern nur mehr ein Europa zur Geltung bringen, das mehr oder weniger mit einer Stimme sprach. Amerika, für die Europäer jener Jahre ein ferner Prosperitätstraum, lieferte das Vorbild eines Grossmarktes und Wirtschaftsgrossraumes, das überzeugend von den engen nationalstaatlichen Autarkieparzellen abstach.

Vorerst galt es freilich, sich über Wasser zu halten und einer materiellen Verelendung Europas gegenzusteuern, die auch seinen ohnehin nicht stabilen politischen Zustand bedrohte. Der wirksame Impuls wirtschaftlicher

Wiederbelebung kam jedoch nicht von einem europäischen Kollektiv, sondern mit dem Programm der *Marshall*-Hilfe von Amerika. Erst in der Reaktion darauf kristallisierte sich eine erste europäische Struktur — mit amerikanischer Teilhabe: die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC, später OECD).

Der Anteil Amerikas an der Formation Europas ist übrigens nicht nur in dieser Initialzündung von Bedeutung gewesen. Abgesehen vom Modell des grossräumigen Marktes war auch das Ordnungsmuster eines breit gelagerten Wohlstandes auf marktwirtschaftlicher Basis massgeblich amerikanisch geprägt; es hat wesentlich zur Korrektur verbreiteter sozialistischer Vorstellungen der Nachkriegszeit beigetragen. Washington hat auch bis in die sechziger Jahre hinein trotz mancher Vorbehalte die EWG politisch unterstützt als eine Konstruktion, die eine dem amerikanischen Denken willkommene Vereinfachung der kleinkarierten politischen Landkarte wie der verschlungenen Willensbildung in der überkomplizierten Alten Welt versprach.

Das Modell der Integration

Was die politische Restrukturierung Europas betraf, so erzeugte die trostlose Diagnose nach 1945 radikale Therapie-Entwürfe. Hatte herkömmliche zwischenstaatliche Diplomatie das gemeinsame Desaster nicht verhindern können, so musste mit neuen Strukturen künftige Aggression unterbunden, die eingeborene Anarchie des Nationenkonglomerates gebändigt und im besonderen der Wiedererstehung eines deutsch-französischen Gegensatzes der Boden zum vornherein entzogen werden. Ein Flechtwerk gemeinsamer, übernational integrierter Institutionen wurde konzipiert, das einzelstaatliche Souveränität so dicht durchdringen sollte, dass sich nationale Divergenzen nicht mehr zu ernsten Konflikten auswachsen konnten. Vor allem musste künftige deutsche Politik in dieser Weise europäisch eingebunden werden.

Zu den vorerst noch vagen Gestaltungsideen der Integration im engen Sinne kamen konkrete Gegebenheiten der düsteren Gegenwart, die nach «Europa» riefen. Die sowjetische Übermacht auf dem Kontinent, die in der Berlin-Krise von 1948 bedrohliche offensive Züge zeigte, verlangte Verteidigungsanstrengungen und kollektive Sicherheitspolitik. Sie konnte nicht ohne das Rückgrat und die Deckung der amerikanischen Macht wirksam werden und wurde entsprechend, mit der engen Allianz des Nordatlantikpaktes und der Schaffung seines militärischen Instruments, der NATO, von Washington massgeblich lanciert und mitgetragen. Ihr entscheidendes Element war das volle Engagement der USA, ihr Hauptobjekt Westeuropa.

Europäische Initiative entfaltete sich hier erst voll, als es um die Wiederaufrüstung Deutschlands, d.h. der Bundesrepublik ging, die, fünf Jahre nach der Kapitulation der Wehrmacht, im Jahr des Koreakrieges 1950 bereits wieder voll in der öffentlichen Diskussion war und in den im Fernen Osten militärisch engagierten Vereinigten Staaten offen verlangt wurde. Der europäische Gegenzug gegen die so frühe Schaffung einer neuen deutschen Streitmacht wurde mit der Lancierung des Schuman-Planes von Frankreich getan, das bei der NATO-Gründung eher im zweiten Glied gestanden hatte und nun die Gelegenheit ergriff, die europäische Führungsrolle zu übernehmen. Der von Monnet entworfene Plan hatte zwar als Projekt einer Montanunion, d.h. einer übernationalen Integration der Schwerindustrien, keinen direkten Bezug zur Verteidigungs- und Rüstungsfrage, bot aber dafür einen ersten Ansatz zu gemeinschaftlicher politischer Organisation Europas, in die die Bundesrepublik, in der Person Adenauers mehr als willig und bereit dazu, voll einzubeziehen war. Damit war das europäische Thema an die Stelle der ebenso akuten wie unbehaglichen Problematik der isolierten deutschen Rüstung gesetzt und zugleich die «deutsche Frage», bzw. ihre Mehrzahl, «europäisiert». Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik wurde, wie sich dann ergab, um gute fünf Jahre verzögert.

Der Kerngedanke dieser französischen Initiative — Zusammenschluss Europas auf dem Wege supranationaler Integration — verbreitete sich in kürzester Zeit über Vorbehalte und Hintergedanken hinweg wie ein Flächenbrand auf dem Kontinent. Innert zweier Jahre nach der Unterzeichnung des Montanunion-Vertrages lagen, nach demselben oder ähnlichem Bauprinzip konzipiert, Projekte zur europäischen Verschmelzung der Agrarwirtschaften, der Industriemärkte, der Streitkräfte, schliesslich politischer Institutionen unter dem Dach einer Unionsverfassung vor den Regierungen.

Frankreichs Verweigerung

Von alldem ist nur die EWG Wirklicheit geworden, der Gemeinsame Markt vorerst der Sechs, gegründet auf die in den Römer Verträgen niedergelegten Grundsätze der Integration, eingeschlossen ein zentraler Behördenapparat und Gemeinschaftsentscheidungen durch gewogene Mehrheit der Mitglieder. Auf die übrigen Pläne fiel am 30. August 1954 der Reif mit der Weigerung der französischen Nationalversammlung, die von der eigenen Regierung lancierte, von sechs Regierungen akzeptierte Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) auch nur zu debattieren.

Das Debakel der EVG besagte wohl, nüchtern beurteilt, dass man sich mit dem Integrationsmodell für die Einigung Europas vergriffen, mindestens der Zeit und den Realitäten vorgegriffen hatte. Die Einsicht wurde zwar noch einige Zeit verdeckt dadurch, dass die Römer Verträge sich trotz des Rückschlags von 1954 doch noch am Integrationsprinzip orientierten. Die Philosophie der übernationalen Verflechtung blieb, als Philosophie, attraktiv, nicht zuletzt auch bei den kleineren Partnern, die in diesem Modell ihre Mitwirkung und Rolle neben den Grossen besser aufgehoben fühlten als in Strukturen mit französischer oder deutsch-französischer Präponderanz. Aber sie vermochte nicht in die politischen Realitäten durchzukuppeln und sie zu bewegen.

In der Faszination des supranationalen Europa war man über eine Grunderfahrung hinweggegangen, die man, mit einer Ausnahme, in allen westeuropäischen Nationalstaaten gemacht hatte, kaum waren sie aus den Kriegsstrudeln wieder aufgetaucht: die Erfahrung, dass die alten Einheiten eben doch der natürliche Raum und Rahmen des politischen Lebens, des Wiederaufbaus, der Entscheidungen waren. Dort wurde in den Trümmern zuerst wieder Hand angelegt, dort organisierten sich die politischen Kräfte neu oder aufs neue in den alten Formationen, dort wurde um Neugestaltung und Macht gekämpft. Der schnelle Befund und Slogan, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die Nationalstaaten überholte Strukturen seien, deckte sich nicht mit der Wirklichkeit. Sie waren bei aller Heftigkeit ihrer inneren Konvulsionen besser intakt, als man annehmen wollte. Die Ausnahme war das als Nationalstaat untergegangene gespaltene Deutschland. Es wird davon noch zu reden sein.

Es ist also nicht nur de Gaulle und der gaullistische Rückfall in einen für viele Zeitgenossen anachronistischen Nationalismus gewesen, die einen hoffnungsfrohen Ansatz zur Einheit Europas auf dem Abkürzungswege supranationaler Verschmelzung zerstört hätten. Zwar haben der General und sein Regime in der Folge das Ihre getan, um diesen Weg zu blockieren. Aber das entscheidende Hindernis, das ihn in einer politischen Schlüsselfrage und an einer prinzipiellen Wegscheide sperrte, ist von der Vierten Republik vier Jahre vor de Gaulles politischer Wiederkunft errichtet worden.

Zurück zum Konsens

Was an Ansätzen zur Integration in den europäischen Prozess, namentlich in die Römer Verträge eingebracht wurde, ist seither nicht gestrichen worden, und es ist in der heutigen EG der Zwölf auch nicht ein blosses entwicklungsgeschichtliches Relikt. Es dient bei Gelegenheit durchaus noch als ferne Landmarke zur Bestimmung der Richtung, in der sich die

Gemeinschaft bewegen sollte. Aber es ist kein Zweifel, dass ihr praktisches, faktisches Prinzip seit de Gaulles Obstruktion gegen die Brüsseler «Technokratie» und vollends seit dem Beitritt der ebenso wenig auf Supranationalität gestimmten Briten der Konsens, nicht der Mehrheitswille der Mitglieder bzw. ihrer jweiligen politischen Führung ist. Weder Paris noch London, auch nicht Rom und Madrid und immer weniger auch Bonn werden in Fragen von erheblicher politischer Konsequenz auf die Wege von Mehrheiten zu zwingen sein. Das schliesst Fortschritte der Einigkeit durch Arrangements und Kompromisse nicht aus. Aber eine automatische Einrichtung, die selbsttätig und in programmierten Etappen jene *United States of Europe* produzieren könnte, die dann auch zuverlässig mit der einen Stimme sprächen, ist die Gemeinschaft von Brüssel nicht geworden und wird es auf absehbare Zeit hinaus auch kaum werden.

Das Defizit Osteuropa

Ist diese Abweichung vom Modell der Überwindung der Nationalstaatlichkeit, wie es die Gründerzeit verstand, eher eine Folge von Unterschätzung der staatlichen Realitäten Europas und seiner inneren Verfassung, so ist ein anderes Defizit in der europäischen Gestaltung durch *force majeure* von aussen verursacht und ein «Geburtsfehler»: was man als Stimme Europas vernehmbar zu machen hoffte und versuchte, war von Anbeginn bis heute bestenfalls die Stimme *Westeuropas.* Von mitgestaltender Europapolitik ist jener Teil Europas so gut wie ausgeschlossen geblieben, der durch die Donaumonarchie, die missionarische Ostkolonisierung, die Politik der alten europäischen Mächte, die abendländische Geistesgeschichte nachhaltig geprägt, in seiner Selbstbestimmung aber seit über einer Generation durch die Sowjetherrschaft aufs schmalste eingeengt ist.

Man hat diese Zerreissung des alten europäischen Zusammenhanges oft als ein Resultat von *Jalta,* d.h. eines Grossmächtehandels und -diktates dargestellt. Aber letztlich war es die kriegerische Expansionspolitik des Dritten Reiches, d.h. ihr militärischer Fehlschlag, die die Sowjetunion nach Ost- und Mitteleuropa hereingebracht hat, aus dem eine *Cordon sanitaire*-Politik sie nach dem Ersten Weltkrieg und der bolschewistischen Revolution herausgehalten hatte. Als in Jalta verhandelt wurde, da hatte die Rote Armee bereits grösstenteils in ihrer Hand, was die Sowjetpolitik dann als ihre exklusive Sphäre beanspruchte.

Wie auch immer man in der Deutung die Akzente setzt — die Ausschliessung des europäischen Ostens durch das, was man seit 1946 den «Eisernen Vorhang», seit 1968 auch die Breschnew-Doktrin der begrenzten Souveränität seiner Staaten nennt, ist eine schmerzliche Schrumpfung

des Begriffs, der Sache und des Gewichts der Europapolitik. Sie bezieht in dieser Reduktion den Osten nicht oder nur marginal ein und dringt nur wenig dahin durch, jedenfalls kaum mit politischem Handeln — es sei denn, dass das wirtschaftspolitische Gewicht des Gemeinsamen Marktes sich auch dort auswirkt. Resonanz findet sie, bald mehr, bald weniger, bei der westlichen Grossmacht, höchstens indirekt und nicht als eine selbständige Potenz in den Ausmarchungen der Weltmächte unter sich, aber kaum in Moskau. Der Kreml verhandelt nicht mit «Europa», sondern mit Paris, Bonn, London, spielt die Europäer gegeneinander und sie alle gelegentlich gegen Washington und *viceversa* aus. Es gibt für ihn ein Objekt Europa, ein Partner dieses Namens ist dort Fiktion.

Zwar spricht auch Gorbatschow nun von Europa als dem «gemeinsamen Haus», und es gibt seit der Konferenz von Helsinki 1975 ein Organ und Forum, das alle Regierungen Europas versammelt und die der beiden in Europa engagierten Grossmächte dazu. Es hat sich dort auch ein regulärer Dialog entwickelt. Aber es ist kein Dialog zwischen Europäern über Europa, sondern einer zwischen «West» und «Ost» — und im Grunde ein anschaulicher Beweis dafür, dass über Europa als Ganzes und insgesamt unter Europäern nicht zu reden ist, es sei denn, die beiden Weltmächte redeten ein — massgebliches — Wort mit.

Deutsche Spaltung und europäische Einigung

In der europäischen Einigung hat Deutschland von allem Anfang an eine Schlüsselrolle gespielt, und es bleibt eine ihrer Kardinal-, um nicht zu sagen Schicksalsfragen. Die Spaltung Deutschlands — Resultat des Hitler-Krieges gegen West und Ost zugleich, deren Vormächte sich dann als Sieger an der Elbe trafen, des Zerfalls ihrer Allianz und der darauf folgenden Polarisierung und Spannung —, diese Spaltung ist gleichzeitig auch die Voraussetzung des westeuropäischen Zusammenschlusses gewesen. Er wäre nicht denkbar geworden und ist nicht denkbar mit einem deutschen Partner von der Masse des wilhelminischen Reiches. Denn auch er bedarf einer Art von innerem Gleichgewicht, einer ausgewogenen Struktur, die sich mit einem ausgeprägten Übergewicht unter den Teilhabern kaum finden liesse.

Die westlichen Partner der Bundesrepublik sind also an einer gesamtdeutschen Wiedervereinigung nicht interessiert, die östlichen Nachbarn übrigens ebenso wenig. Höchstens die Vereinigten Staaten könnten sie hinnehmen, wenn es dabei allein um politische Gewichtsprobleme ginge.

Für eine bundesdeutsche Politik gleich welcher Couleur jedoch ist die «deutsche Frage» ein ungelöstes, m.a.W. irgendwann einmal zu lösendes

Problem. Sie kann das Postulat nicht endgültig abschreiben, sondern muss es, und sei es nur *pro memoria,* weiterhin in den Bilanzen mitführen, selbst wenn die öffentliche Meinung sich in dieser Sache zeitweise desinteressiert zeigt. Zwischen europäischer und gesamtdeutscher Zielsetzung besteht also — «grundsätzlich» gesehen — Spannung, wenn nicht gar Inkompatibilität.

Zukunftshypothek

Es kommt hier jedoch nicht so sehr auf das Grundsätzlche an als auf den Grad der praktischen Aktualität und Aktualisierung. In den schwierigen inneren Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre um die Standort- und Kursbestimmung Bonns standen Westorientierung und Europapolitik einerseits, die gesamtdeutsche Forderung anderseits zeitweise in harter Konfrontation gegeneinander. Adenauers Ängste galten einem künftigen deutschen Nationalismus, der durch die Preisgabe des gesamtdeutschen Engagements durch die westlichen Partner geweckt und genährt werden könnte. Als nicht nur diese Partner, sondern die westdeutsche Politik selber seit 1970 durch die faktische Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands das Wiedervereinigungsthema als nicht aktuell aufs Eis legte und einer fernen Zukunft zuschob, erhielt sie die unmissverständliche Billigung der Wähler, und die befürchtete nationalistisch-antieuropäische Reaktion war nicht zu verzeichnen. Es sieht auch heute nicht danach aus, dass die Politik Bonns in näherer Zukunft unter inneren Druck der Wiedervereinigungsfrage geraten könnte, obwohl die Symptome einer stärker werdenden deutsch-nationalen Stimmung sich mehren.

Aber was in weiterer Zukunft sein wird, kann niemand sagen. Die deutsche Hypothek auf der Europapolitik liegt in eben dieser Ungewissheit über die langfristige Dauerhaftigkeit der deutschen Option für Europa. Die Politik von heute kann darüber wegsehen. Aber das Fragezeichen ist westlich des Rheins doch spürbar in der nervösen Aufmerksamkeit z.B. für die deutsch-deutschen Aktivitäten zwischen Bonn und Ostberlin. Die oft und gern wiederholten Schwüre Bonns auf Europa und auf die «besondere Beziehung» zu Frankreich haben sie nicht gemindert. Auch die unzweifelhafte Loyalität der westdeutschen Politik zur europäischen Sache über mehr als vier Jahrzehnte hinweg und ihre höchst aktive und konstruktive Mitwirkung an zahlreichen Initiativen haben die Schatten von Zukunftszweifeln nicht gänzlich beseitigt.

Nicht zuletzt im Hinblick auf eben diese deutsche Problematik steht auch die europäische Gemeinschaftspolitik ihrerseits unter einem Erfolgsdruck. Dauerhafte Einbindung der deutschen Politik ist seit Anbeginn

eines ihrer zentralen Motive und Ziele gewesen. Bindekraft ist nur durch funktionierende Gemeinsamkeit und Fakten wechselseitiger Abhängigkeit zu schaffen. Bleibt die politische Rendite des europäischen Engagements mager, nimmt die Attraktion nationaler Politik zu.

Europas Sicherheit in Amerika

Über fast vier Jahrzehnte hinweg, in denen europäische Einigung konzipiert, angestrebt und teilweise verwirklicht wurde, ist eine entscheidende Grundkondition Europas praktisch unverändert geblieben: die sicherheitspolitische, d.h. das einfache Faktum, dass Europa sich nicht selber und mit eigenen Mitteln gegen «eine» Grossmacht verteidigen kann. Seine Sicherheit beruht massgeblich auf der Protektion durch die amerikanische nukleare Abschreckstrategie, d.h. auf der Verlässlichkeit der Maxime, dass Amerikas Sicherheit in Europa verteidigt werden müsse. Damit so weit wie möglich sichergestellt ist, dass gemäss der Kernthese der Atlantischen Allianz ein Angriff auf Europa Krieg mit Amerika und also nichttragbares Risiko bedeutet, bedarf es der physischen Präsenz amerikanischer Truppen in vorderster Linie der europäischen Verteidigung.

Diese amerikanische Sicherheitsgarantie (auch garantierte Sicherheit ist relative Sicherheit) für und Präsenz in Europa lässt sich, wie sich immer wieder gezeigt hat, durch nichts anderes ersetzen, insbesondere nicht durch französische und britische Nuklearwaffen. Denn was sie gegebenenfalls zu garantieren vermöchten, ist das Engagement Europas bei einem Angriff auf Europa — eine Tautologie. Was aber gefragt ist und als Abschreckelement das Gewicht hat, das der französischen *Force de dissuasion* abgeht, ist das gesicherte Engagement Amerikas. Wie wenig hier Europa sich selber helfen kann und wie eng begrenzt seine *dato* erreichte Gemeinsamkeit des Handelns selbst in der Notwehr ist, kann man an den französischen Offerten ablesen, die unter dem Druck der INF-Abkommen der Bundesrepublik zur Verdichtung des Zusammenwirkens in der Verteidigung bisher gemacht worden sind. Sie bleiben weit hinter dem zurück, was das Projekt der EVG 1954 an gemeinsamen Verbänden und Strukturen vorgesehen hatte. Und von Teilhabe an der Verfügungsgewalt des Partners über Truppen und Nuklearwaffen ist nicht die Rede.

Keine troisième force

Der sicherheitspolitische Befund der Abhängigkeit von Amerika relativiert den europäischen Zusammenschluss in seiner Bedeutung erheblich.

Solange er gilt, kann Europa keine *troisième force* zwischen den Weltmächten sein und werden, ist seine Selbständigkeit, wenn auch grosszügig in Anspruch genommen und praktiziert, so doch durch das vitale sicherheitspolitische Eigeninteresse der Anlehnung und Rückendeckung begrenzt.

Man hat in dieser Bindung das eigentliche wachstumshemmende Virus der europäischen Einigung gesehen und als Rosskur den Abzug der Amerikaner vorgeschlagen: er, und nur er würde Europa zwingen, auf eigenen Füssen zu stehen und zu gehen, sich auch politisch zusammenzuschliessen, dritte Macht zu werden. Die verantwortliche Politik hat bisher wenig Neigung gezeigt, diesen therapeutischen Rat zu befolgen, begreiflicherweise: man weiss, was man preisgäbe, aber man weiss nicht, wohin man käme. Denn der Schluss, dass die Aufhebung der amerikanischen Präsenz schockartig integrierend und kräftigend wirken müsste, ist nicht zwingend. Sie könnte ebensogut wieder den Zerfall in nationale Politiken bewirken, die einzeln ihr Heil im Neutralismus zwischen den Grossmächten suchen, und sich dabei, wie in Phasen amerikanischer Führungslosigkeit auch schon vorgekommen, gegenseitig konkurrenzieren und zu Spielbällen werden.

Gerade eine Phase der Direktverständigung der Grossmächte, wie sie durch den neuen Stil Moskaus erfolgreich eingleitet worden ist, eignet sich für Experimente solcher Art wenig und macht ihre Risiken offenkundig. Problematische Rückwirkungen des INF-Abkommens auf die Sicherheit Europas würden spürbar, wenn es nicht ergänzt würde durch einen Abbau des Übergewichts der konventionellen sowjetischen Rüstung — oder wenn es eine Entwicklung einleiten sollte, die das Prinzip der Kriegsverhütung durch Abschreckung unterhöhlte, Krieg in Europa — durch «Denuklearisierung» — wieder als «machbar» und insbesondere Deutschland als eine Zone minderer Sicherheit und grösseren Risikos erscheinen liesse. Die Situation verlangt eine Bestätigung des amerikanischen Engagements für die Sicherheit in Europa eher, als dass sie seinen allmählichen politischen Abbau zuliesse.

Kein kurzer Prozess

Neue Dynamik Europas? Die Erfahrungen belegen zur Genüge, wie oft enthusiastische Aufbrüche steckengeblieben und wie selten schnelle Erfolge sind, wie mühselig und komplex das Geschäft geblieben ist, die Politik gewachsener Einheiten in Konvergenz zu bringen und zu homogenisieren. Europäisches Zusammenwachsen kann kein kurzer Prozess sein, schon weil es ein friedlicher ist, der seit langem nicht mehr unter dramati-

schen Pressionen steht. Seine Motive — innereuropäische Konflikte zu verhindern, den gemeinsamen Interessen eine Stimme, der wirtschaftlichen Entwicklung einen weiten Raum zu geben — haben an Aktualität und Bedeutung nichts eingebüsst.

Europapolitik ist sinnvoll und notwendig geblieben und könnte nicht ohne unabsehbare Schäden abgebrochen werden. Was sonst könnte europäische Interessen zur Geltung bringen, sollten sie beispielsweise in den Schatten eines denkbaren Bilateralismus der Weltmächte geraten? Ebenso deutlich sind nach wie vor ihre Grenzen. Sie kann sich nicht über die Gegebenheiten der Einzelstaaten hinwegsetzen, und sie kann aus dem westlichen Sicherheitsverbund nicht ausbrechen, solange sie die kollektive Sicherheit Europas nicht selber gewährleisten kann.